

Weltkongress Religionsfreiheit: „Hoffnung auf friedliches Zusammenleben“

Laut IRLA haben die Teilnehmenden, Gäste sowie Referenten, ein breites Spektrum von Glaubensrichtungen und Weltanschauungen abgedeckt: Adventistische, baptistische, mennonitische, methodistische, orthodoxe und römisch-katholische Christen, Mormonen, Juden, Muslime und Agnostiker.

Achtung der Religionsfreiheit Indikator für Stellenwert der Menschenwürde

In seinem Grußwort an die Kongressteilnehmenden, das per Video eingespielt wurde, sagte Ahmed Shaheed, Sonderberichterstatter der UNO für Religionsfreiheit, dass das Maß der Achtung der Religionsfreiheit ein Indikator für den Stellenwert der Menschenwürde im entsprechenden Land sei. Die goldene Regel, wonach man andere so behandeln solle, wie man selbst behandelt werden möchte, sei gerade im Zusammenleben unterschiedlicher Religionen ein wichtiges Element, um den Frieden zu fördern. Das Menschenrecht auf Religionsfreiheit schütze auch jene, die keinen religiösen Glauben hätten.

Weltweite Tendenzen zur Einschränkung der Religionsfreiheit

78 Prozent der Weltbevölkerung lebten mit Einschränkungen ihrer Religionsfreiheit, zitierte Brian J. Grim, Präsident der „Stiftung Religionsfreiheit & Business“, in seinem Referat die Ergebnisse einer Umfrage des PEW Research Centers. Die Stiftung geht davon aus, dass wirtschaftliche Projekte viel zu friedlichem Zusammenleben zwischen Religionen beitragen können. Gegenüber früheren Jahren würden Regierungen generell vermehrt die Religionsfreiheit ihrer Bürger einschränken. Das wurde von verschiedenen Experten in ihren Ausführungen

erwähnt. Als Beispiele wurden die Burkaverbote in Frankreich oder das Verbot der Jehovas Zeugen in Russland bzw. die Regulierung von religiösen Symbolen genannt. Mit diesen Einschränkungen gehe auch eine Zunahme des gesellschaftlichen Hasses gegenüber bestimmten Religionsgruppen einher. Positiv erwähnte Grim, dass viele Regierungen Programme zur Reduzierung von religionsbezogener Gewalt gestartet hätten. Je mehr Religionsfreiheit es in einem Staat gebe, desto grösser seien die Frauenrechte und auch die wirtschaftlichen Entwicklungsressourcen.

Der Graben der Intoleranz

Es gibt große Übereinstimmung in der Einschätzung, dass Religionsfreiheit viel zum Frieden in der Gesellschaft beiträgt, sagte Prof. David Little, Mitglied am Berkley Center für Religion, Frieden und internationale Angelegenheiten an der Georgetown Universität, Washington D.C/USA. Umgekehrt führe Gewalt seitens der Regierungen, die eine Religion bevorzugten und bei anderen Religionen oder Konfessionen die Religionsfreiheit einschränken würden, zu mehr Hass, Unfrieden, Aufruhr und folglich auch oft zu Gewalt.

Religionsfreiheit funktioniere nicht wie der freie Markt, auch wenn dies einige denken würden, so Little. Religionen würden andere Religionen oft als Konkurrenten sehen, die man kleinhalten müsse. Freikirchen seien eine Verpflichtung für Religionsfreiheit eingegangen, indem sie Religionsfreiheit nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere fordern würden. Religionsfreiheit sei einer der Hauptpunkte, um Frieden zu schaffen, so Little.

Religionsfreiheit: Das Recht, Unrecht haben zu dürfen

Asma T. Uddin, Direktorin des Zentrums für Islam und Religionsfreiheit, sagte, dass die Religionsfreiheit das religiöse Verständnis eines anderen schütze, auch wenn dieses aus der eigenen Sicht grundfalsch sei. Religionsfreiheit schütze das Recht, Unrecht haben zu dürfen. Zudem sei es wichtig, zu verstehen, dass Religionsfreiheit gläubige und

nicht-gläubige Menschen schütze und nicht deren Religion oder Weltanschauung.

Religionsfreiheit: Das paradoxeste Menschenrecht

W. Cole Durham Jr., Rechtsprofessor an der Brigham-Young-Universität der Mormonen in Provo, Utah/USA, bezeichnete die Religionsfreiheit als das paradoxeste der Menschenrechte, weil man anderen zugestehe, ihre Religion ausleben zu dürfen, obwohl man diese Religion nicht teile. Gleiche Überzeugungen in religiösen Belangen sei nicht nötig, wohl aber das Wissen, dass man mit der eigenen religiösen Überzeugung geschützt werde, so Durham.

Religiöser Pluralismus ist eine Stärke, kein Problem

Respekt für Religionsfreiheit mindere die Wahrscheinlichkeit, dass Hass und Gewalt in der Gesellschaft aufkommen, sagte Knox Thames, Sonderberater für religiöse Minderheiten beim Auswärtigen Amt der US-Regierung. Religiöser Pluralismus sei eine Stärke und kein Problem, so Thames.

Alle Menschen haben Gewissensfreiheit, aber nicht die gleiche Gewissensprägung

Religionsfreiheit erscheine immer öfter im Fokus von Menschenrechtsorganisationen, sagte T. Jeremy Gunn, Professor für Recht und Politikwissenschaft. „Menschenrechte sind Rechte des Menschen gegen den Staat“, sagte Gunn. Der Staat dürfe Menschen nicht diskriminieren, er habe aber auch die Aufgabe, Menschen gegen die Übergriffe durch andere Menschen zu schützen.

Das Menschenrecht der Religionsfreiheit stelle auf das Gewissen des Individuums ab. Beim Gewissen gebe es aber keine Gleichheit. Einige fühlten sich Kleidungs Vorschriften aufgrund religiöser Vorschriften verpflichtet, andere nicht. Religiöse Menschen seien gleich in dem Sinn, dass alle Menschen Gewissensfreiheit hätten, nicht alle hätten aber die gleiche Gewissensprägung.

Konzept der Religionsfreiheit bleibt ein schwieriges Konzept

Die Religionsfreiheit bleibe ein schwieriges Konzept, denn es wolle ein friedliches Zusammenleben trotz der Unterschiedlichkeit ermöglichen, sagte Rosa Maria Martinez de Codes, Professor für amerikanische Geschichte an der Universität Complutense in Madrid/Spanien. Eine Herausforderung für die Religionsfreiheit bestehe in der Schwächung internationaler Normen und darin, dass es einen zunehmenden Trend zu gesetzlichen Regelungen bezüglich religionsspezifischer Verhaltensweisen in westlichen Staaten gebe.

Sind Menschenrechte ein westliches Konzept?

Mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte seien die Menschenrechte und damit auch die Religionsfreiheit (Artikel 18) zu einer Angelegenheit der Staaten geworden. Alle Staaten, welche die Menschenrechtskonvention unterschrieben haben, hätten sich verpflichtet diese einzuhalten und könnten deshalb auch darauf verpflichtet werden, sagte Brett G. Scharffs, Rechtsprofessor an der Brigham-Young-Universität und Direktor des Internationalen Zentrums für Recht und Religionswissenschaft.

Der Vorwurf, dass die Menschenrechte ein westliches Konzept seien, halte den historischen Tatsachen nicht stand. Bei der Abfassung der Menschenrechte (1948) seien alle Religionen vertreten gewesen und hätten mitarbeiten können. Es gebe akademische und vorlaute Kritiker der Menschenrechte – meist aus Staaten, in denen die Menschenrechte gewährt würden, so Scharffs. Er habe aber noch nie von Gefangenen den Vorwurf gehört, dass die Menschenrechte ein westliches Konzept seien.

Religionen und Frieden

Faschismus, Neonazismus und weiße Vorherrschaft, wie sie bei der Demonstration in Charlottesville, Virginia/USA am 11. und 12. August zu Tage getreten seien, hätten nichts mit Religionsfreiheit zu tun, sagte Pastor Ted N. C. Wilson, Weltkirchenleiter der Siebenten-Tags-Adventisten in seinem

Beitrag zum Themenbereich „Religionen und Frieden“.

Das adventistische Verständnis von Religionsfreiheit gründe in der Auffassung, dass der Mensch von Gott geschaffen wurde, was ihm eine unveräußerliche Würde sowie Entscheidungsfreiheit gebe, sich für oder gegen ein Leben mit Gott zu entscheiden. Diese Entscheidungsfreiheit komme in der Begegnung Jesu mit dem reichen Jüngling (Matthäusevangelium, Kapitel 19) exemplarisch zum Ausdruck: Jesus lade seinen Gesprächspartner ein, ihm nachzufolgen, lasse ihm aber dennoch die Freiheit, dies nicht zu tun. Regierungen, die meinten, dem Glück der Menschen nachhelfen zu müssen, indem sie religiöse Anliegen per Gesetz durchsetzen wollten, würden laut Wilson ihren Auftrag überschreiten und in der Gesellschaft Unfrieden ernten. „Jeder Mensch hat das Anrecht auf Leben, Freiheit, Frieden und persönliche Sicherheit“, so der adventistische Weltkirchenleiter.

Die Internationale Vereinigung für Religionsfreiheit (IRLA) setze sich auch für Menschen ein, die aus Gewissensgründen inhaftiert seien oder ihre Arbeitsstelle verloren hätten. Wilson forderte auch, dass vermehrt junge Menschen mit der Arbeit für Gewissens- und Religionsfreiheit vertraut gemacht und darin involviert werden sollten.

Christliche Ethik ist Ethik für Christen

Gemäß den Aussagen von César Garcia, Präsident der Mennonitischen Weltkonferenz (MWC), ist die Trennung von Religion/Kirche und Staat eine wichtige Voraussetzung für Religionsfreiheit sowie für den Frieden in der Gesellschaft. Religiöse und damit auch christliche Werte, dürften anderen Menschen nicht aufoktroyiert werden. Wenn die Kirche lebe, was sie zu glauben vorgebe, sei sie attraktiv und ziehe auf diese Weise Menschen an. Christliche Ethik sei für Christen und nicht für alle Menschen. Wer aber die Minderheitenrechte aller achte, schütze auch die Rechte der Christen, so der Mennonit.

Missachtung anderer Menschenrechte gefährdet auch die

Religionsfreiheit

Timothy Golden, Professor für Geschichte und Philosophie an der adventistischen Walla Walla Universität, College Place, Washington/USA, ortete in der Diskrepanz zwischen Lehre (creed) und Taten (deed) den Grund dafür, dass man immer noch auf eine friedliche Koexistenz hoffe, wie dies im Konferenzthema zum Ausdruck komme. Wen die Nichtgewährung der Menschenrechte in anderen Bereichen, zum Beispiel bezüglich der Armen oder der Afroamerikaner, nicht störe, unterstützte durch diese Passivität die generelle Abwertung der Menschenrechte, so Professor Golden. Die selektive Abwertung einzelner Menschenrechte schaffe die Voraussetzung für die Missachtung weiterer Menschenrechte u.a. auch für die Missachtung des Menschenrechts auf Religionsfreiheit, wie dies von den Adventisten am Ende der Tage erwartet werde. Eine solche Missachtung der Religionsfreiheit könne aus seiner Sicht nur als Resultat eines vorausgehenden Prozesses der selektiven Abwertung anderer Menschenrecht gedacht werden.

Moslems und Juden sitzen im selben Boot

„Nur wenn die Menschenrechte aller gewährt werden, werden auch jene der Juden gewährt“, sagte der Jude Richard T. Foltin, Direktor der Nationalen und Rechtlichen Angelegenheiten des Amerikanisch-Jüdischen Komitees. Den Juden sei klar, dass die Bedrohung der Religionsfreiheit von Moslems gleichzeitig auch eine Bedrohung der Religionsfreiheit der Juden sei. Der Kampf zur Verteidigung der Religionsfreiheit müsse ununterbrochen weitergehen, so Foltin.

Jede größere Religion hat fundamentalistische und extremistische Arme

Er definiere Fundamentalismus als die Auffassung, dass man auch Gewalt anwenden dürfe, um die eigene Überzeugung anderen aufzuzwingen, damit sie glücklich würden, sagte Thomas Schirrmacher, stellvertretender Generalsekretär für theologische Angelegenheiten der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA). Dies sei lange auch eine weit verbreitete

Auffassung unter Christen gewesen. Bei Christen habe sich dieses Verständnis gewandelt, es werde aber bei Hindus zunehmend attraktiver. Fundamentalisten seien immer eine kleine Minderheit einer Religion, man könne aber nicht sagen, dass eine fundamentalistische Minderheit mit der entsprechenden Religion nichts zu tun habe, so Schirmmacher. Es gebe keine Religion, die nur gewaltfrei gewesen sei.

Friede ist nie erreicht, er muss immer wieder angestrebt werden

Andrea Bartoli, Leiter der Schule für Diplomaten und Internationale Beziehungen an der privaten römisch-katholischen Seton Hall Universität in South Orange, New Jersey/USA, stellte sich als praktizierender, römisch-katholischer Christ und Mitglied der Kommunität Sant'Egidio vor. Es habe festgestellt, dass es eine Tendenz zu Spaltungen in jeder Kirche und jeder Religion gebe, weil immer wieder Gläubige meinten, dass sie allein Recht hätten. Die Versuchung, eine eigene Kirche zu gründen, sei groß. Wer aber bereit sei, allen Religionsfreiheit zu gewähren, baue gleichzeitig an einer Zukunft für alle. Der Friede sei nie wirklich erreicht, er müsse immer wieder angestrebt werden, sagte der römisch-katholische Christ.

Kirchen- und Regierungsvertreter

Zum Thema des Kongresses haben unter anderen folgende Kirchenvertreter gesprochen: César Garcia, Generalsekretär des Mennonitischen Weltkongresses; Elizabeta Kitanovic, Exekutivsekretärin der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK); Thomas Schirmmacher, Stellvertretender Generalsekretär für theologische Angelegenheiten der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA); Ted N. C. Wilson, Weltkirchenleiter der Siebenten-Tags-Adventisten.

Folgende Staaten haben Vertreter zum IRLA-Weltkongress entsandt: Jamaika, Kolumbien, Kuba, Philippinen, Russland, Sambia, Ukraine und USA.

Resolutionen

Die Teilnehmenden am 8. IRLA-Weltkongress haben acht Resolutionen zugestimmt. Sie fordern die Staaten auf, dafür zu sorgen, dass Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in ihren Ländern befolgt wird. Vertreter von Religionen sowie Personen, die im Bildungssektor tätig sind, werden aufgerufen über Religionsfreiheit als wichtiges Menschenrecht zu informieren. Religiös motivierter Gewalt solle entgegengetreten werden, indem die entsprechenden Personen bestraft werden sollen und nicht durch Einschränkung der Religionsfreiheit all jener, zu denen sich die Gewalttäter als zugehörig bezeichneten. Wenn die gesamte Religionsgemeinschaft für die Taten Einzelner verantwortlich gemacht werde, stärke dies nur die Position derer, die Gewalt anwenden würden. Des Weiteren werden in den Resolutionen religiöse Leiter aufgefordert, sich der Gefahr bewusst zu sein, dass Religion für nichtreligiöse Zwecke missbraucht werden könne und entsprechende präventive Schritte einzuleiten.

Einige Videos sowie Powerpoint-Präsentation stehen auf der IRLA-Webseite zum Download zur Verfügung. Demnächst sollen dort auch die Resolutionen auf Englisch verfügbar sein:
<https://www.irla.org/wc8-resources>

IRLA

Gegenwärtig sind im Vorstand der Internationalen Vereinigung für Religionsfreiheit (IRLA) unter anderem folgende Denominationen vertreten: Adventisten, Baptisten, Katholiken, Methodisten.
